

***Auf dem Weg zur europäischen
Metropolregion Ruhr
Chancen ergreifen – Stärken ausbauen***

Regionalprogramm der CDU Ruhr 2014-2020



Übersicht

I. Einleitung	3
II. Vision: Europäische Metropolregion Ruhr	3
III. Die Stärken der europäischen Metropolregion Ruhr	4
Die Wirtschaftsmetropole Ruhr	4
Die Energiemetropole Ruhr	8
Die Mobilitätsmetropole Ruhr	10
Die Bildungsmetropole Ruhr	12
Die Kulturmetropole Ruhr	15
Die Sportmetropole Ruhr	16
Die Integrationsmetropole Ruhr	17
IV. Politische Grundsätze der CDU Ruhr	19
Solide Finanzen	19
Effektive Verwaltung	19
Innere Sicherheit	20
Starker Zusammenhalt	21
Lebenswerte Umwelt	22
WAHLAUFRUF	23

I. Einleitung

Gesellschaft und Wirtschaft verändern sich grundlegend und immer rascher. Digitalisierung und Internationalisierung erzeugen eine kaum übersehbare Komplexität. Aufbrüche und Umbrüche kennzeichnen die globale und in der direkten Folge auch die regionale Lage. Diese Unübersichtlichkeit verändert unsere Gegenwart und erfordert Antworten der Politik.

Die Region zwischen Lippe und Ruhr ist wie keine zweite Gegend in Deutschland mit Strukturveränderungen vertraut. Die Anpassungsprozesse sind jedoch im globalen Wettbewerb immer zügiger zu gestalten. Die Welt um uns herum bleibt nicht stehen. Sie dreht sich sogar immer schneller und erhöht den Druck auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Um im Wettbewerb mithalten zu können, gewinnen Zusammenschlüsse auf internationaler Ebene, wie die Europäische Union, aber auch die interkommunale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene stetig an Bedeutung.

Über viele Jahre hinweg haben die Städte und Gemeinden in der Metropole Ruhr mögliche Vorteile, die sich aus Zusammenarbeit und gemeinsamem Handeln ergeben können, nicht ausreichend genutzt. Dazu beigetragen hat auch eine Verwaltungsstruktur, die nicht die gesamte Region im Auge hatte, sondern immer nur Teile betrachtete. Mit der Übertragung der regionalplanerischen Aufgaben der Bezirksregierungen Münster, Arnsberg und Düsseldorf auf den Regionalverband Ruhr durch die CDU-geführte Landesregierung, eröffnete sich 2007 erstmals nach über 30 Jahren wieder die Möglichkeit, Planung aus einem Guss für die Metropole Ruhr zu machen. Der in den vergangenen Jahren eingeschlagene Weg muss nun konsequent für alle regionalen Handlungsebenen fortgesetzt werden. Unsere wichtigsten politischen Handlungsfelder werden in diesem Regionalprogramm¹ skizziert.

Die CDU Ruhr wirbt dabei um das Vertrauen und den politischen Auftrag der Menschen zwischen Lippe und Ruhr, die Zukunft mitzugestalten. Die Perspektiven und Schritte, die Politik über den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Kommunen und Kreise hinaus für die Region entwickeln und machen muss, formuliert dieses Programm. Es ergänzt die Kommunalwahlprogramme der CDU in den Gemeinden, Städten und Kreisen um die unverzichtbare Aussicht auf das, was wir nur gemeinsam anpacken und leisten können.

II. Vision: Europäische Metropolregion Ruhr

Unser Ziel bleibt die Entwicklung des Ruhrgebiets zu einer Metropolregion, die sich im internationalen Standortwettbewerb selbstbewusst positionieren kann. Der Weg dahin führt vorrangig über mehr Zusammenarbeit, die den Prozess der Metropolenbildung befördert und gleichzeitig einen wirksamen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in den Städten leistet. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, das Potenzial unserer Region vollständig zu erschließen.

¹ Beschlossen auf dem Bezirksparteitag am 28. März 2014

Das Ruhrgebiet stand immer im Konfliktfeld zwischen dem umfassenden Machtanspruch des Landes auf der einen Seite und dem Selbstbewusstsein großer Städte und Kreise auf der anderen Seite. Dies hatte zur Folge, dass die Region an Ruhr, Lippe und Emscher mit 5,3 Mio. Einwohnern in 53 Kommunen zwar der drittgrößte städtische Ballungsraum in Europa ist, aber als solcher nicht auftritt und dementsprechend auch nicht wahrgenommen wird. Dabei bietet das Ruhrgebiet als bedeutende Wirtschaftsregion mit seiner zentralen Lage die besten Voraussetzungen, um im europäischen Wettbewerb der Regionen einen Spitzenplatz einzunehmen.

Nur durch die Positionierung des Ruhrgebiets als **europäische Metropolregion Ruhr** kann dem globalen Wettbewerb entschieden und selbstbewusst entgegen getreten werden.

Aufgabe der Politik muss es daher sein, die Rahmenbedingungen für das Erreichen dieses Ziels zu setzen. Hierzu gehört vor allem eine Verwaltungsreform, die dem Ruhrgebiet die Möglichkeit eröffnet, seine Interessen selbständig zu vertreten. Nur mit einer schlanken und effektiven Selbstverwaltung können die Menschen im Revier die konkreten Chancen wahrnehmen, die sich auf alten und neuen Märkten ergeben.

Diese Chancen zu nutzen, ist die gemeinsame Aufgabe aller, die hier leben und arbeiten. Dabei steht die CDU Ruhr dafür ein, dass nicht einige Große das Sagen haben. Erst aus dem Zusammenwirken der großen Städte im Ballungskern und den Kreisen in der Ballungsrandzone entsteht die Attraktivität einer europäischen Metropolregion Ruhr, die nie auf eine räumliche Zentrale oder auf einen alleinigen thematischen Schwerpunkt ausgerichtet sein kann. Die polyzentrische Ausrichtung ist daher Wesensmerkmal und Standortvorteil der Region. Dabei sind die gewachsenen historischen Ortslagen integraler Bestandteil der Identität des Ruhrgebiets. Dörfliche Strukturen in der Ballungsrandzone haben einen eigenen Wert und sind zu stärken.

Die CDU Ruhr steht für die Weiterentwicklung des Ruhrgebiets zur europäischen Metropolregion Ruhr durch den Ausbau der unterschiedlichen Stärken der Region.

III. Die Stärken der europäischen Metropolregion Ruhr

Die Wirtschaftsmetropole Ruhr

Das Ruhrgebiet besitzt das Potential, sich wieder eine Spitzenposition als Wirtschaftsstandort innerhalb Deutschlands und Europas zu erobern. Die Wirtschaftsmetropole Ruhr bietet die besten Voraussetzungen, um als Motor für Innovationen und wirtschaftliche Entwicklung die Attraktivität unserer Region zu erhöhen.

Die CDU Ruhr steht für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Schaffung geeigneter Ausgangsbedingungen für neue Ideen und Wachstum.

Durch die Verbindung von Ballungsräumen und Ballungsrandzonen können wir auf die Wachstumsfaktoren Kooperation, Koordination und Arbeitsteilung setzen. Die Vorteile, die sich aus diesem Mischungsverhältnis bieten, müssen konsequent erschlossen werden, um die Region insgesamt zukunftsfähig zu gestalten. Die

Wirtschaftsmetropole Ruhr ist durch ihre geografische Lage Bindeglied insbesondere zwischen den westeuropäischen Häfen und den osteuropäischen Wachstumsmärkten. Wir müssen diese Gegebenheit noch stärker als bisher nutzen, um unsere Region zu einem bevorzugten Investitionsstandort zu machen.

Die Logistik mit ihren Güterverkehren wird immer wichtiger. Deshalb gilt es, unsere Region auch als Logistikstandort zu stärken und ein zukunftssicherndes Netzwerk für das Transportgewerbe aufzubauen. Dazu zählt auch, die Weiterentwicklung des Duisburger Hafens auch in Hinblick auf die Eigentümerstruktur strategisch zu verfolgen.

Die CDU Ruhr steht für den Ausbau der Region zum Investitions- und Logistikstandort für Deutschland und Europa und für die strategische Weiterentwicklung des Duisburger Hafens. Aus dem in Aufstellung befindlichen Regionalplan Ruhr muss sich ein regionales Logistikkonzept einschließlich der Steuerung der Güterverkehre insbesondere auf Straße, Schiene und Wasser ergeben.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist gut durch die Krise der letzten Jahre gekommen und zeigt sich trotz einer weiterhin stagnierenden Wirtschaft in der Europäischen Union robust. Diese positive Entwicklung betrifft jedoch nicht alle Regionen in gleichem Maße. Insbesondere die Städte und Kreise im Ruhrgebiet weisen mit teilweise mehr als zehn Prozent überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten auf. Speziell bei Langzeitarbeitslosen ist das Revier trauriger Spitzenreiter in Nordrhein-Westfalen. So beziehen allein in Duisburg, Herne, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen mehr als 80 Prozent der Arbeitslosen Hartz IV. Die Gründe dafür sind zweierlei: zum einen fehlen im Ruhrgebiet strukturell bedingt Arbeitsplätze, insbesondere auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Zum anderen liegen Vermittlungshemmnisse bei den Arbeitslosen selbst vor, die sich als Folge einer fehlenden Berufsausbildung bzw. einer geringen Qualifikation ergeben.

Die CDU Ruhr hält es für erforderlich, im Zusammenhang mit den Beschäftigungsperspektiven insbesondere für Langzeitarbeitslose den weiteren Einsatz ihrer Berufs- und Lebenserfahrung zu ihrem und zum Nutzen der Allgemeinheit verstärkt in den Blick zu nehmen.

Auch der drohende Fachkräftemangel wird die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Wirtschaftsmetropole Ruhr verschärfen. Um dem entgegen zu treten, sind Maßnahmen zur bedarfsorientierten Weiterbildung genauso wie eine stärkere Verzahnung der schulischen und außerschulischen Bildungsträger mit der Wirtschaft und das Nutzen von Potentialen hier zugewanderter Menschen erforderlich.

Auch ältere Arbeitnehmer bieten durch ihre Lebens- und Berufserfahrung ein Kompetenzprofil, das stärker erschlossen werden muss. Gelingen kann dies beispielsweise durch veränderte Arbeitszeitmodelle und eine stärkere Einbindung sogenannter Senior-Berater zur Unterstützung bei Existenzgründungen.

Die CDU Ruhr steht für die Qualifizierung von Arbeitnehmern gegen den Fachkräftemangel sowie für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit der Wirtschaft.

Die Industrie ist kein Auslaufmodell, sondern tragende Säule einer soliden Volkswirtschaft. Dies hat die globale Finanzkrise der letzten Jahre eindrucksvoll verdeutlicht. Was für die Bundesrepublik im Allgemeinen gilt,

hat erst recht Gültigkeit für die Wirtschaftsmetropole Ruhr als eine der am stärksten industrialisierten Regionen Deutschlands. Dennoch bleiben die Herausforderungen durch den Niedergang der klassischen Montanindustrie für unsere Region groß, denn auch für andere produzierende Branchen wie die Automobil- und Elektroindustrie wird das Umfeld rauer.

Die CDU Ruhr bekennt sich zur Industrie als eine der tragenden Säulen der Wirtschaftsmetropole Ruhr.

Von besonderer Relevanz bleibt die Zielsetzung, möglichst gesamte Wertschöpfungsketten - von der Forschung und Entwicklung bis hin zu Fertigung und Vertrieb marktreifer Produkte - in der Region zu verwurzeln. Hierfür ist ein Umfeld erforderlich, das Kooperationen und Wissenstransfer zwischen den Akteuren nicht nur ermöglicht, sondern aktiv fördert. Die gewachsene Industrie, die umfangreiche Infrastruktur sowie eine dichte Bildungs- und Forschungslandschaft bieten dafür die besten Voraussetzungen. Der Ballungsraum muss als Absatzmarkt mit über fünf Millionen Verbrauchern auch als Chance gesehen werden.

Die CDU Ruhr steht für eine Stärkung von Forschung & Entwicklung, für die Bildung von Kompetenzclustern sowie den Ausbau der Wissenslogistik und Netzwerke zur Steigerung des Wissens- und Technologietransfers.

Kleine und mittelständische Unternehmen leisten durch ihre regionale sowie kommunale Bindung einen unverzichtbaren Beitrag zur Wirtschaftsmetropole Ruhr. Die Stärkung und Weiterentwicklung eines starken Mittelstandes erfordert einen fairen Wettbewerb. Monopolartige Strukturen privater oder staatlicher Natur stehen dem gegenüber. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist auf die Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beschränken. Dies erfordert die Privatisierung geeigneter kommunaler Unternehmen und Aufgaben, wobei die Anwendung von PPP-Modellen (Public Private Partnership) ebenso zu berücksichtigen ist wie ein erleichterter Zugang für mittelständische Unternehmen zu solchen Projekten.

Die CDU Ruhr steht für fairen Wettbewerb zur Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für die Beschränkung kommunaler Wirtschaftsaktivitäten auf das Nötigste.

Zur Förderung mittelständischer Strukturen sind darüber hinaus Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie Technologiezentren stärker in das Gründungsgeschehen einzubinden. Die Errichtung regionaler Gründungsnetzwerke auf Initiative der Kammern und ihrer Partner zur Unterstützung von Jungunternehmen bilden den richtigen Ansatz. Mit Hilfe von „Startercentern“ muss die bestehende Unterstützungsstruktur für Gründer und Unternehmer weiter ausgebaut werden.

Die CDU Ruhr steht für die Förderung von Innovation und Unternehmertum durch die Unterstützung mittelständischer Unternehmen und Existenzgründer.

Ausländische Direktinvestitionen schaffen neue Betriebe und Arbeitsplätze in der Region. Nordrhein-Westfalen liegt bei den Direktinvestitionen im Ländervergleich an der Spitze; mehr als ein Viertel des neuen ausländischen Engagements in Deutschland geht in unser Bundesland. Aber die Verteilung ist nicht gleichmäßig. Insbesondere im Ruhrgebiet gibt es noch Nachholbedarf. Durch die Professionalisierung und Intensivierung der Kapitalakquisitionsbemühungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Wirtschaftsmetropole Ruhr

auf den internationalen Gewerbeflächenmessen EXPOREAL in München und MIPI in Cannes kann hierzu ein Beitrag geleistet werden.

Die CDU Ruhr steht für die Internationalisierung der Wirtschaftsmetropole und die Stärkung der regionalen Wirtschaftsförderung als Anlaufstelle des Investitionsstandortes Ruhr.

Wirtschaft braucht Verwaltungen mit schlanken Strukturen und kurzen Entscheidungswegen. In den letzten Jahren wurden bereits zahlreiche Wachstumsbremsen in den CDU-geführten Kommunen gelockert und Bürokratie abgebaut. Das Subsidiaritätsprinzip – die Nachrangigkeit hoheitlichen Handelns zu Gunsten von privatem Engagement – führt durch die Konzentration staatlichen Handelns auf das Notwendige zu einer größeren Effizienz und muss Leitsatz für Politik und Verwaltung sein. Verwaltungen müssen sich als Dienstleister und Partner der Wirtschaft verstehen.

Die CDU Ruhr steht für eine schlanke und unbürokratische Verwaltung und für die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit zu Lasten aufgeblähter Verwaltungsapparate. Wir unterstützen die Weiterentwicklung kommunaler Verwaltungen zu mittelstandsfreundlichen Kommunen.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaftsmetropole Ruhr ist auch eine nicht nur an quantitativen Überlegungen orientierte koordinierte Flächenpolitik. Insbesondere für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben ist es erforderlich, die Qualität der ausgewiesenen Flächen stärker in den Fokus zu nehmen. Dem vorhandenen Nachfragestau an ausgewiesenen Industrieflächen muss entgegengetreten werden. Das von der Landesregierung fallengelassene NewPark-Projekt im Kreis Recklinghausen muss ebenso regional begleitet und entwickelt werden wie die frei werdenden Flächen der Opelwerke sowie des Edelstahlproduzenten Outokumpu in Bochum. Darüber hinaus kommt der Reaktivierung von Brachflächen für Industrie und Gewerbe eine besondere Bedeutung zu. Zur Steigerung der Attraktivität von Innenstädten und Nebenzentren sind Immobilien- und Standortgemeinschaften zu gründen.

Die CDU Ruhr steht für eine koordinierte Flächenpolitik, um den Einzelhandel in den Innenstädten zu stärken und Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen.

Der demografische Wandel stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor immense Herausforderungen. Bis 2030 werden bei steigendem Durchschnittsalter rund 500.000 Menschen weniger in der Region leben. Während im Jahr 2005 ein Drittel der Menschen Metropole Ruhr über 65 Jahre alt waren, werden es 2025 bereits 43 Prozent sein. Zu der Alterung der Gesellschaft kommt das Aufbrechen der traditionellen Haushaltsstrukturen hinzu. Die klassischen Drei- und Vierpersonenhaushalte werden durch Ein- und Zweipersonenhaushalte verdrängt. Älter werdende Menschen sollen in ihren Wohnungen und ihrer vertrauten Umgebung so lange wie möglich wohnen bleiben können. Dies erfordert ein Umdenken: Weg von immer neuen stationären Pflegeeinrichtungen hin zu einer Politik, die über eine familiengerechte Quartiersentwicklung Menschen attraktive Lebensräume in den Stadtteilen bietet.

Die CDU Ruhr steht für einen chancenorientierten Umgang mit dem demografischen Wandel und sieht darin Möglichkeiten für Wachstum und Beschäftigung.

Die Gesundheitswirtschaft hat sich zu einem nachhaltigen Wachstumssektor entwickelt. Der Bedarf an gesundheitsorientierten Produkten und Dienstleistungen vor allem im Bereich der integrierten und wohnortsnahen Gesundheitsversorgung nimmt stetig zu. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass neue und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen und möglichst die gesamte Wertschöpfungskette der Gesundheitswirtschaft im Ruhrgebiet abgebildet wird. Dazu zählen neben der stationären und ambulanten Versorgung, der Prävention und Rehabilitation auch die Vor- und Zulieferbranchen wie z.B. Medizintechnik, Biotechnologie, Pharmaindustrie sowie die Synergiebereiche Wellness, Gesundheitstourismus, gesunde Ernährung, betreutes Wohnen, Sport und Freizeit. Die ortsnahe hausärztliche Versorgung ist in allen Bereichen des Ruhrgebiets sicherzustellen. Es müssen Anreizsysteme geschaffen werden, die die Ansiedlung niedergelassener Ärzte in den Kreisen und Ballungsrandzonen gewährleisten. Die CDU Ruhr will den Hausarzt vor Ort.

Auch die Aus- und Weiterbildung im Bereich der Gesundheitswirtschaft ist zu verbessern, um eine hochwertige Versorgung durch kompetentes Personal und moderne Technik zu gewährleisten. Darunter fallen die Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten im gerontologischen Bereich, die Stärkung von Wissenschaft und Forschung u.a. auf dem neuen Gesundheitscampus in Bochum sowie die Unterstützung von Verbänden aus Unternehmen und Wissenschaft.

Die CDU Ruhr sieht in der Gesundheitswirtschaft ein hohes ökonomisches Potential und befürwortet ein Kompetenzcluster Gesundheitswirtschaft für das Ruhrgebiet.

Die Energiemetropole Ruhr

Die Metropole Ruhr war der größte Standort für Energieproduktion in Deutschland und Europa und stets verlässlicher Lieferant für den Treibstoff der Wirtschaft. Die Erzeugung von Energie schafft aber nicht nur Arbeit. Energie ist vielmehr die Pulsader der Wirtschaftsmetropole Ruhr. Doch der Status als Energiemetropole Ruhr droht nachhaltig verloren zu gehen. Denn große Energieversorger kehren der Region den Rücken und tätigen ihre Investitionen woanders. Um Energiemetropole zu bleiben, muss entschieden und koordiniert gehandelt werden.

Durch den Zusammenschluss der bestehenden Fernwärmeinseln in der Region könnte der größte Fernwärmeverbund innerhalb der Europäischen Union entstehen. Noch mehr Haushalte würden von der Kraft-Wärme-Kopplung profitieren und Fernwärme von stromerzeugenden Kraftwerken, Müllheizkraftwerken oder Industrieanlagen nutzen können. Gegenüber der getrennten Erzeugung von Strom und Wärme würde die Effizienz deutlich erhöht und der CO₂-Ausstoß bis 2050 um bis zu drei Millionen Tonnen reduziert werden.

Die CDU Ruhr steht für eine koordinierte Energiepolitik und die Weiterentwicklung bestehender Fernwärmenetze zum größten Fernwärmeverbund der Europäischen Union.

Deutschland befindet sich in einem energiepolitischen Transformationsprozess. Die Energiewende kann dabei als Impulsgeber für die Modernisierung des eigenen Industriestandorts dienen und eine grenzüberschreitende

Innovationsdynamik entfalten. Dies ist die Chance für die Region, sich unter Berücksichtigung fossiler Brennstoffe und erneuerbarer Energien als Energiemetropole zu behaupten. Dieser aus vielen Bausteinen bestehende Energiemix muss sich dabei im Wettbewerb stellen und für sämtliche Energieträger und Technologieoptionen offen sein. Subventionen, Energiesteuern und Abgaben dürfen nicht zu dauerhaften Wettbewerbsverzerrungen zwischen einzelnen Energieträgern führen. Dies muss auch für die regenerativen Energien gelten.

Die CDU Ruhr steht für einen marktwirtschaftlich orientierten Energiemix aus fossilen und erneuerbaren Energien.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der deutschen und europäischen Energieversorgungssicherheit im Zusammenspiel mit Fragen der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit: sicher, sauber und bezahlbar. Der 2007 beschlossene sozialverträgliche Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau bis 2018 bedeutet daher nicht etwa das Ende der Kohleverstromung in unserem Land. Auch der Weg für das hocheffiziente Steinkohlekraftwerk Datteln IV ist nach Jahren des Stillstands endlich frei. Die Energiemetropole Ruhr muss als europäischer Energiestandort ihre Stärken und Strukturen für eine gesicherte, wetterunabhängige Energiebereitstellung ausspielen und verlässliche Standortbedingungen für Energieunternehmen bei Neuinvestitionen in Kraftwerke schaffen.

Die CDU Ruhr steht für den Einsatz moderner und CO₂-sparender Kohlekraftwerke, um Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit Rechnung zu tragen.

Der Erfolg der Wirtschaftsmetropole Ruhr als industriell geprägter Großraum hängt maßgeblich von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen ab. Besonders für energieintensive Unternehmen der Region sind neben der Energieversorgungssicherheit auch die Entwicklung der Energiepreise entscheidende Wettbewerbsfaktoren. Die Stromkosten für die Industrie sind schon heute um 26 Prozent höher als im EU-Durchschnitt. Zu den USA beträgt der Unterschied mittlerweile 150 Prozent. Die Sicherung des Standorts für Industrie und in der direkten Folge für die Zulieferbetriebe hängt daher entscheidend davon ab, ob den immer höher steigenden Energiekosten Einhalt geboten werden kann.

Die CDU Ruhr steht für eine Politik der bezahlbaren Energie insbesondere für energieintensive Unternehmen zur Sicherung von Wirtschaft und Arbeit in der Region.

In Zusammenhang mit infrastrukturellen Großprojekten entstand in öffentlichen Debatten zuletzt der Eindruck, die Bürger seien unzureichend in die politischen und verwaltungsmäßigen Entscheidungsprozesse eingebunden und hätten keine echten Beteiligungsmöglichkeiten. Auch in Hinblick auf die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende beispielsweise beim Bau von Stromtrassen und Windkraftanlagen ist Überzeugungsarbeit durch transparente Entscheidungs- und Planungsprozesse gefordert.

Die CDU Ruhr steht für die Stärkung bestehender und neuer Beteiligungsmöglichkeiten bei der Umsetzung von infrastrukturellen Großprojekten.

Die Mobilitätsmetropole Ruhr

Schnelle und leistungsfähige Verbindungen über Straße, Schiene, Luft und Wasserwege sind Voraussetzung für die Attraktivität von Leben und Arbeiten in der europäischen Metropolregion Ruhr. Dies ist jedoch nicht nur im Interesse der Region, sondern auch von überregionalem Belang. Eineinhalb Millionen Arbeitnehmer pendeln täglich in die Metropole Ruhr hinein oder müssen an einen Arbeitsort außerhalb fahren.

Die CDU Ruhr steht für eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die bei Minimierung der Umweltbelastung den aktuellen und zukünftigen Verkehrsbedürfnissen Rechnung trägt.

Während andere Regionen in Deutschland die Bedeutung einer zeitgemäßen und vernetzten Verkehrsinfrastruktur erkannt haben, treten in unserer Region immer wieder Verzögerungen bei der Umsetzung von Verkehrs- und Infrastrukturprojekten auf. Auch gelingt es der Landesregierung trotz Investitionsstaus nicht, die bereits bewilligten Bundesmittel gänzlich zu verausgaben; geschweige denn, sich um neue Mittel für Investitionen in die Infrastruktur zu bemühen.

Die CDU Ruhr steht für die Überwindung des Investitionsstaus, um den Anforderungen an Logistik und Transport einer modernen Metropolregion zu entsprechen. Ziel muss es sein, noch schnellere Verbindungen zwischen den Ruhrgebietsstädten zu schaffen.

Entscheidend für die Attraktivitätssteigerung des Ruhrgebiets ist ein konsequenter Ausbau des Verkehrsnetzes. So gehören die durchgehenden sechsspurigen Ausbauten der A40 und der A43 als Ost-West- bzw. Nord-Süd-Verbindung des zentralen Ruhrgebiets genauso zum Pflichtprogramm wie der Lückenschluss der A52 zwischen Essen und Gelsenkirchen-Buer und der Lückenschluss zwischen Werl und Hamm im östlichen Ruhrgebiet.

Während mit dem Ausbau der A40 bereits begonnen wurde, ist das von der Landesregierung formulierte Maßnahmenpaket in Bezug auf die A52 unzureichend. Dieses sieht lediglich den Ausbau der B224 zwischen der A42 und der A2 zur A52 vor. Damit wird die Misere auf der B224 weder nördlich der A2, noch südlich der A42 im Stadtgebiet Essen beseitigt. Nur mit dem Lückenschluss der A445 zwischen Werl und Hamm wird eine schnelle Erreichbarkeit des östlichen Ruhrgebiets aus Richtung Südwestfalen erreicht und der Dauerstau auf der B63 aufgelöst werden können.

Die CDU Ruhr steht für die sechsspurigen Ausbauten der A40 und der A43, für den Komplettausbau der A52 zwischen Essen und Gelsenkirchen-Buer sowie für die Verlängerung der A445 von Werl bis zur A2 in Hamm.

In den Städten und Gemeinden müssen die kommunalen Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auch und gerade unter regionalen Erfordernissen vorangetrieben werden. Neue Umgehungsstraßen müssen Ortskerne entlasten, wobei die Sanierung und der Erhalt von kommunaler Straßeninfrastruktur höchste Priorität haben sollte. Kreisverkehre statt Ampeln dienen einer umweltfreundlichen Verkehrsführung und der vermehrte Einsatz moderner Logistiksysteme kann das hohe Verkehrsaufkommen intelligent steuern helfen.

Die CDU Ruhr steht für eine regionale Verkehrspolitik und die Erarbeitung eines regionalen Verkehrskonzepts, um die Attraktivität der Innenstädte und Stadtteilzentren zu steigern.

Eine Alternative zum Straßenverkehr bietet der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Zur Verbesserung von Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit müssen Pünktlichkeit und Kundenorientierung des ÖPNV deutlich gesteigert werden. Eine ausreichende Finanzierung des ÖPNV ist sicherzustellen. Vielerorts bedarf die Infrastruktur dringender Erneuerung. Das Land ist gefordert, seine bisherige Förderpraxis von der ausschließlichen Förderung von Neuinvestitionen auf die Förderung von Erhaltungsmaßnahmen umzustellen. Das bedeutet auch, regional und funktional sinnvolle Kooperationen bis hin zu Fusionen anzustoßen. Die Bemühungen um Zusammenschlüsse selbstständiger kommunaler Verkehrsgesellschaften und die mittelfristige Umwandlung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) zu einer regionalen Verkehrsgesellschaft, die organisatorisch, technisch und wirtschaftlich ein leistungs- und wettbewerbsfähiges öffentliches Verkehrssystem für die ganze Region anbieten kann, ist zu unterstützen.

In Bezug auf den demografischen Wandel ist besonders auf die Mobilitätsbedürfnisse der älteren Menschen und der Menschen mit Behinderungen zu achten. Ohne ausreichende barrierearme Stadtteilversorgung durch ÖPNV-Anbindungen wären viele Bürger daran gehindert, mobil zu bleiben und ein eigenständiges Leben zu führen. Die barrierearme Ausstattung des ÖPNV ist unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu betrachten. Auch in den ländlichen Regionen des Ruhrgebiets muss dauerhaft ein attraktives, zugleich aber bezahlbares ÖPNV-Angebot erhalten bleiben. Hierzu ist es erforderlich, die bestehenden Verkehrssysteme noch stärker um flexible und bedarfsorientierte Bedienformen, wie Anruf-Sammeltaxi-Systeme und Bürgerbusse, zu ergänzen.

Die CDU Ruhr steht für eine Bündelung kommunaler und regionaler Kräfte zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Auch die zügige Realisierung des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX) und der damit verbundene Ausbau der Knoten Dortmund und Hamm sind in Angriff zu nehmen. Nach der Finanzierungszusage des Bundes ist nun die Landesregierung gefordert, ihren Beitrag an den Betriebskosten zu leisten, um das Projekt nicht noch länger zu verzögern.

Die CDU Ruhr steht für den Ausbau des Regionalverkehrs durch die zügige Realisierung des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX).

Eines der wichtigsten Bahnprojekte in der Metropole Ruhr ist der Ausbau des Streckenabschnitts zwischen Münster und Lünen. Die eingleisige Strecke dient auch als Fernverkehrsstrecke für IC und ICE und als direkte Anbindung der Metropole Ruhr von Dortmund nach Hamburg. Diese Überbelastung führt zu Störungen im Nahverkehr.

Die CDU Ruhr steht für den zweigleisigen Ausbau der Gleisstrecke zwischen Münster und Lünen zur Steigerung von Quantität und Qualität im Nahverkehr.

Nicht nachzuvollziehen ist, weshalb die Landesregierung die Elektrifizierung der Gleisstrecke zwischen Wesel und Bocholt nicht als Projekt für den neuen Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat. Die Elektrifizierung dieser Strecke würde eine direkte Zugverbindung Duisburg-Oberhausen-Wesel-Bocholt ermöglichen.

Darüber hinaus sind der Ausbau der Tempo 100 Strecken rund um den Bochumer Hauptbahnhof, eine alternative Linienführung für langsame Nahverkehrszüge östlich von Essen, eine neue Kurve in Bochum sowie die Nachrüstung der Strecken mit Technik, die kürzere Abstände zwischen den Zügen möglich macht und Fahrzeiten verkürzt, zu forcieren.

Die CDU Ruhr steht für die Modernisierung bestehender Strecken und Bahnhöfe.

Der wichtigste Verkehrskorridor für Güter auf der Schiene läuft quer durch Europa von der Nordsee zum Mittelmeer; er verbindet die niederländischen Häfen Rotterdam und Amsterdam mit dem italienischen Genua. Während auf niederländischer Seite mit der Betuwe-Route bereits ein Neu- und Ausbau der Strecke realisiert wurde, stockt auf deutschem Boden der Verkehr. Besonders zwischen Emmerich und Oberhausen ist der dreigleisige Ausbau nach 20 Jahren Planung zu realisieren.

Die CDU Ruhr steht für den zügigen Ausbau der Betuwe-Linie zwischen Emmerich und Oberhausen zur Stärkung des Logistikstandorts Ruhr.

Die Akzeptanz für Mobilität und die weitere Modernisierung der Infrastruktur in der Mobilitätsmetropole Ruhr hängt entscheidend davon ab, dass die Lärmbelastung für die Anwohner entlang der Verkehrswege reduziert wird. Der Schutz vor Verkehrslärm entlang Straßen und Schienen ist deutlich zu verbessern und bei neuen Infrastrukturmaßnahmen konsequent mitzudenken.

Die CDU Ruhr steht für die konsequente Anwendung moderner Lärmschutztechnik beim Ausbau der Infrastruktur zum Schutz der Anwohner.

Zur umfangreichen Mobilität gehören neben Straßen und Schienen auch die Luft- und Wasserverbindungen. Der internationale Flughafen Düsseldorf sowie der Regionalflughafen in Dortmund leisten einen elementaren Beitrag zur Standortqualität der Metropolregion Ruhr.

Die vorhandenen Wasserwege der Mobilitätsmetropole Ruhr stellen ein wichtiges, nicht ausgelastetes Potenzial dar, das insbesondere für den Güterverkehr verstärkt genutzt und mit den anderen Verkehrsträgern vernetzt werden muss. Das Kanalnetz des Ruhrgebiets muss dringend ausgebaut werden, sodass auch moderne Transportschiffe (Doppelstockschiffe) verkehren können. Wegen des stetig wachsenden Güterverkehrs ist ein weiterer Ausbau der Häfen, insbesondere des Duisburger Hafens als Hauptumschlagplatz für Güter in der Region, notwendig. Dort, wo die Anpassung der Infrastruktur mit dem Wachstum der Güterströme nicht mithalten kann, ist eine arbeitsteilige Zusammenarbeit der Kanalhäfen anzustreben.

Die CDU Ruhr steht für die Vernetzung der Wasserstraßen mit anderen Verkehrsträgern und für einen arbeitsteiligen Ausbau der Häfen.

Die Bildungsmetropole Ruhr

Die wichtigste Antwort auf die Herausforderungen durch Globalisierung, Internationalisierung, Veränderung der Arbeitswelt, Armut und demografischen Wandel lautet: Bildung und Erziehung. Noch immer sind die soziale und die ethnische Herkunft prägend für den Bildungserfolg von Kindern. Bildungsteilhabe muss für alle

Kinder unseres Landes in die Tat umgesetzt werden, wobei auch die Bildungsteilnahme von Kindern mit Behinderungen gewährleistet sein muss. Die Landesregierung ist aufgefordert, Inklusion an den Regelschulen zu implementieren. Dabei darf den Betroffenen nicht die Möglichkeit genommen werden, als Alternative auch ein Förderschulangebot auszuwählen. Damit die Inklusion gelingen kann, ist es außerdem zwingend erforderlich, dass das Land den Städten und Gemeinden die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt.

Die CDU Ruhr steht für Bildungsgerechtigkeit unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft und für eine an den Bedürfnissen der Kinder orientierte Umsetzung der Inklusion.

Ziel der Schulpolitik ist die bestmögliche Bildung für jedes Kind. Die CDU-geführte Landesregierung hat in den Jahren 2005 bis 2010 die individuelle Förderung für jedes Kind zum Leitbild ihrer Bildungspolitik gemacht. Der jetzt parteiübergreifend vereinbarte Schulkonsens rückt deshalb folgerichtig das Wohl des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt und unterstreicht die Schulvielfalt, zu der neben den Gymnasien auch die Real-, Sekundar- und Gesamtschulen zählen. Auch an Hauptschulen ist dort festzuhalten, wo sie noch nachgefragt werden. Eine Konzentration der Schullandschaft allein auf Gesamtschulen und Gymnasien ist entschieden abzulehnen.

Die CDU Ruhr steht für eine ideologiefreie Schulvielfalt, die sich unter Beibehaltung des gegliederten Schulsystems am Kindeswohl und am tatsächlichen Bedarf orientiert.

Die Situation vieler Kinder und Jugendlicher sowie derer Familien ist heute stark geprägt von einer gesellschaftlichen Realität, die hohe Anforderungen an Eltern als Erziehende, an Arbeitgeber, an Arbeitnehmer und an Ehe- und Lebenspartner stellt. Die „Familienkultur“ hat dabei für die Bildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Stellenwert.

Die vordringliche Verantwortung der Eltern für das Aufwachsen ihrer Kinder wird heute zunehmend durch Angebote in öffentlicher Verantwortung ergänzt, wobei es wesentlich auf das gelingende Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung ankommt.

Die Einführung von „Familienzentren“ in Nordrhein-Westfalen durch die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren in erheblicher Weise zu einer Unterstützung von Familien in ihren verschiedenen Lebenssituationen beigetragen. Der Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege hat zu einer Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geführt. Die Einführung der verpflichtenden Sprachstandsfeststellung und –förderung für Kinder im Elementarbereich hat dazu geführt, dass mehr Kinder von Anfang an dem Unterricht in der Grundschule folgen können. Dennoch steht das Schaffen von gleichen Startchancen für Kinder unverändert auf der Tagesordnung, denn: Immer noch gibt es zu viele Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche.

Die CDU Ruhr steht für eine frühzeitige Unterstützung von Kindern und Eltern. Der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Familienzentren wird bedarfsorientiert vorangetrieben. Die verbindliche Sprachstandsfeststellung und –förderung wollen wir gemeinsam mit den Eltern, den Praktikern und der Wissenschaft weiterentwickeln.

Integration ist ein Thema, das die Zukunftsfähigkeit unserer Städte mitbestimmen wird. Ziel unserer Integrationspolitik muss es sein, die Vielfalt unserer Mitbürger anzuerkennen. Vielfalt ist Bereicherung, wenn

Integration gelingt. Ein wesentlicher Baustein gelingender Integration sind erfolgreiche Maßnahmen zur Sprach- und Integrationsförderung.

Ziel der CDU ist es, Handlungskonzepte zur Förderung der Sprachkompetenz von Eltern eng in den Alltag der Kinder einzubinden. Dazu gehört auch, dass in Abstimmung mit den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen unter Einbeziehung der Eltern ein gemeinsames Verständnis von interkultureller Erziehung entwickelt wird, denn: Mehrsprachigkeit von Kindern und Eltern ist ein Gewinn.

Projekte wie „Griffbereit“ oder „Rucksack“, die sich an Eltern mit Zuwanderungshintergrund richten, sollen weiter gefördert und unterstützt werden. An Grundschulen mit einem hohen Anteil an Kindern aus Familien mit Zuwanderungshintergrund soll das Projekt „Rucksack“ ebenfalls etabliert und gefördert werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten niedrig. Insbesondere mittelständische und familiengeführte Unternehmen leisten dank der dualen Ausbildung einen elementaren Beitrag zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Aber auch Maßnahmen wie das Werkstattjahr, das Ausbildungsprogramm für die Pflege alter Menschen sowie die Aktion „Jugend in Arbeit plus“ reduzieren die Jugendarbeitslosigkeit und geben Jugendlichen eine Perspektive auf Teilhabe am Arbeitsleben. Diesen Beitrag gilt es auch in Hinblick auf die Akademisierungsdebatte in Deutschland und dem Ruf nach Ausweitung der Studierendenzahlen hervorzuheben.

Die CDU Ruhr steht für die Stärkung der dualen Ausbildung und für eine frühzeitige Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt.

Der Wettbewerb um die besten Köpfe der Welt und damit um den Standort der europäischen Metropolregion Ruhr wird an den Hochschulen entschieden. Um die Innovationsfähigkeit der Hochschulen dauerhaft auf hohem Niveau zu halten und die internationale Konkurrenzfähigkeit sicherzustellen, sind Reformen und eine intensive Förderung notwendig. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben die Universitäten und Fachhochschulen des Landes die Möglichkeit erhalten, sich zukunftsfähig zu entwickeln und dem Wettbewerb zu stellen. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auszubauen.

Die CDU Ruhr steht für den Ausbau der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Hochschulen durch stärkere Eigenständigkeit und intensivere Verzahnung mit der Wirtschaft.

Eine besondere Herausforderung ist dabei die Frage, wie die deutschen Universitäten als die zentralen Wissenschaftseinrichtungen ihre internationale Sichtbarkeit verbessern können. Das stellt besondere Anforderungen an das föderale System, das trotz unterschiedlicher Wege zu einem bundesweit vergleichbaren und weltweit wettbewerbsfähigen hohen Qualitätsstandard in Forschung und Lehre führen muss. Die Debatte über die Beteiligung des Bundes und die Beseitigung des sogenannten Kooperationsverbots im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Hochschulen muss daher geführt werden.

Die CDU Ruhr steht für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bildungs- und Forschungsbereich.

Die Kulturmetropole Ruhr

Die Anziehungskraft der Metropole Ruhr wächst auch mit der Ausstrahlung ihres kulturellen Lebens. Die herausragende Anzahl und Qualität der Kultureinrichtungen gehört zu den besonderen Vorzügen der Metropole Ruhr im internationalen Standortwettbewerb. Die Entscheidung für Essen und die Metropole Ruhr als Kulturhauptstadt Europas 2010 bot zudem die Möglichkeit, die Integrationskraft der Kultur für die gesamte Region zu erschließen. Mehr als früher fühlen sich die Menschen in der Region mit ihrer Metropole Ruhr verbunden. Auch die Bestrebungen der Kommunen, der Region, des Landes und der Wirtschaft, herausragende Kulturereignisse wie die RuhrTriennale, die Ruhrfestspiele oder das Klavier-Festival Ruhr zu etablieren, tragen dazu bei.

Die CDU Ruhr steht für die Stärkung der Kulturinstitutionen in der Kulturmetropole Ruhr auf internationales Spitzenniveau.

Auch bei knappen öffentlichen Mitteln müssen Vielfalt und Niveau der Kulturmetropole Ruhr erhalten werden. Wo die Möglichkeiten einzelner Städte zum Erhalt bedeutender Kulturstätten nicht reichen, müssen regionale Anstrengungen erfolgen. Zur Finanzierung ist auf eine angemessene Kostenbeteiligung der Teilnehmer und Nutzer aller Kulturangebote zu achten. Wer Vielfalt erhalten will, darf Kooperationen und neue Betriebsformen nicht ausschließen. Dies erfordert nicht nur gemeinsame Werbeaktivitäten der einzelnen Kultureinrichtungen, sondern auch ein kommunales Kulturmanagement, das sich neben kulturpolitischen Inhalten auch einer betriebswirtschaftlichen Professionalität öffnet.

Auch freie Bühnen, Galerien und Museen, Theaterinitiativen, Orchester, Vereine und andere freie Träger beleben die Kulturmetropole Ruhr. Der staatliche und kommunale Kulturbetrieb darf freie Träger künstlerischer Aktivitäten nicht von öffentlicher Unterstützung verdrängen oder gar ausschließen. Auch die Kultur braucht den Wettbewerb, der den Anspruch auf Förderung immer wieder auf den Nachweis der Leistung begründet.

Die ältesten Kulturträger in unserer Region sind die Kirchen. Wir treten ein für ein offenes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Politik und Kirchen und für einen lebendigen interreligiösen Dialog. Er kann erfolgreich sein, wenn wir wissen, was uns prägt.

Die CDU Ruhr steht für die Vielfalt der Kulturlandschaft und fördert Wettbewerb unter den staatlichen und privaten Akteuren.

Musikschulen, Stadtbüchereien und Volkshochschulen sind für die individuelle Entfaltung und Talentförderung unerlässlich und zugleich wesentliche Voraussetzungen für die Teilhabe am kulturellen Leben. Substanzgefährdende Einsparungen in diesem Bereich sind abzulehnen. Die freien Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung sind zu fördern.

Die CDU Ruhr steht für die Stärkung von Musikschulen, Stadtbüchereien und Volkshochschulen als Beitrag einer sozialverträglichen kulturellen Teilhabe.

Das Kulturhauptstadtjahr leistete einen beeindruckenden Beitrag zum Ausbau der kulturellen Infrastruktur der Region. Den Erfolg gilt es nachhaltig zu sichern und die Entwicklung der Region zur Modellregion für kulturelle Bildung voranzutreiben. Mit dem von der CDU-geführten Landesregierung 2007 initiierten Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ wurde in einem beispiellosen kulturellen Großvorhaben allen Grundschulkindern in der Metropolregion Ruhr das Erlernen eines Musikinstruments zusätzlich zum Musikunterricht an den Schulen ermöglicht. Diese und ähnliche Aktivitäten sind zu stärken.

Die CDU Ruhr steht für die Entwicklung des Ruhrgebiets zur Modellregion für kulturelle Bildung durch die weitere Förderung von Projekten und Aktivitäten.

Auch im Zeichen des strukturellen Wandels bleibt die europäische Metropolregion Ruhr in Geschichte und Gegenwart untrennbar mit ihrer Industrie verbunden. Denkmalschutz ist mit Augenmaß zu betreiben, um Gebäude, Werkanlagen und andere Stätten als Zeugen der Lebens- und Arbeitsgeschichte der Menschen dieser Region zu erhalten. Die Industriekultur ist mit der Bewahrung und Neubespielung bedeutender Industriedenkmäler zu einem herausragenden Alleinstellungsmerkmal mit Identifikationscharakter für die gesamte Region geworden. Die Bewerbung um den Titel UNESCO-Weltkulturerbe ist daher folgerichtig. Ebenso müssen nach dem Kulturhauptstadtjahr 2010 die Vernetzung der regionalen Kultur fortgeführt und die Kooperation der Route der Industriekultur mit den rheinisch-westfälischen Industriemuseen verstärkt werden.

Die CDU Ruhr steht für den Erhalt und die Nutzung industrieller Denkmäler und unterstützt den Ausbau der Industriekultur sowie die Bewerbung mit der Route der Industriekultur um den Titel als UNESCO-Weltkulturerbe.

Die Sportmetropole Ruhr

Sport ist mehr als nur individuelle Freizeitgestaltung. Sport schafft Zusammenhalt über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und trägt damit maßgeblich zur Integration bei. Er stärkt aber auch die Persönlichkeitsentwicklung, unterstützt Bildungsprozesse und dient der Gesunderhaltung. Eine Million Menschen sind in Sportvereinen der Region organisiert. Dabei übt jeder vierte seine sportlichen Aktivitäten außerhalb der eigenen Stadt, aber in der Sportmetropole Ruhr aus.

Ohne die Sportvereine und ihre ehrenamtlichen Aktiven wäre das einzigartige Sportleben in der Sportmetropole Ruhr nicht denkbar. Die Sportvereine leisten als Teil der aktiven Bürgergesellschaft einen elementaren Beitrag bei Jugendbetreuung, Integration und Gesundheitsvorsorge. Politik und Verwaltung sind angehalten, die Vereine bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unbürokratisch zu begleiten und blockierende Auflagen abzubauen.

Die CDU Ruhr steht für die Unterstützung der Vereine durch Reduzierung bürokratischer Hürden und würdigt den Sport in seinem Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bundesliga und Großereignisse wie die World Games, Weltmeisterschaften, Ruhrolympiade der Jugend oder der Ruhrmarathon machen sichtbar, wie groß die Begeisterung und wie gemeinschaftsstiftend der Sport ist. Die Infrastruktur muss für alle Sportler und Besucher von Sportveranstaltungen weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht werden.

In Anbetracht der kommunalen Haushaltslagen, des demografischen Wandels und einer zunehmenden Individualisierung im Sport, ist in den kommenden Jahren mit einer Sportentwicklungsplanung die Sportstättenlandschaft mit rund 10.000 bestehenden Anlagen zukunftsfähig neu aufzustellen. Der Ausbau vorhandener Anlagen und die Umwidmung nicht mehr genutzter Flächen sollen hierbei Vorrang haben. Bei Standortfrage, Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sportstätten ist der Umweltverträglichkeit Rechnung zu tragen.

Die CDU Ruhr steht für den Ausbau und die Erneuerung der Sportstätteninfrastruktur unter Berücksichtigung von Synergieeffekten durch städteübergreifende Lösungen.

Die Integrationsmetropole Ruhr

Die Region zwischen Lippe und Ruhr ist seit Jahrhunderten geprägt von Zuwanderung und Integration. Etliche Menschen mit Zuwanderungshintergrund haben in unserer Metropole Ruhr ihre neue Heimat gefunden. Durch Zuwanderung ist die Region zu einer bedeutenden Metropole geworden. Die Integration von Menschen aus 140 verschiedenen Ländern ist eine der wichtigsten Stärken einer Region, die Vielfalt vor allem auch als Chance begreift. Während die Aufnahme der Neubürger in zahlreichen Fällen ohne größere sozialen Verwerfungen stattgefunden hat, sind in einigen Städten Segregationstendenzen erkennbar.

Die CDU steht jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen. Wir sind entschlossen, unser offenes, tolerantes und menschliches Zusammenleben gegenüber den Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Die CDU Ruhr steht für einen chancenorientierten Umgang mit Zuwanderung und für die vollumfängliche Integration unserer Bürger in die Gesellschaft. Segregationstendenzen in unseren Städten wollen wir entgegenwirken.

Angesichts des Ausbildungsstands vieler Zuwanderer in die Metropole Ruhr und dem wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften bleibt die Integration neuer Bürger in der Region entscheidende Aufgabe. Aufbauend auf den Entwicklungen der Integrationspolitik der letzten Jahre sind nachhaltige Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft zu schaffen, die die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Fokus nehmen. Der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung in öffentlichen und privaten Räumen und die Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte sind dabei wichtige Stellschrauben.

Die CDU Ruhr steht für die Reduzierung von Integrationshindernissen und für die Etablierung einer Willkommenskultur gegenüber Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte.

Ob Integration gelingt, entscheidet sich vor Ort. Die Frage der Eingliederung von Zuwanderern in die gesellschaftlichen Strukturen ist also nicht nur ein bundespolitisches, sondern auch ein landes- und kommunalpolitisches Thema. Zur Integration müssen alle etwas beitragen: die Zuwanderer, die Einheimischen, die Städte, die Region, das Land und der Bund. In den durch Zuwanderung besonders betroffenen Stadtvierteln im Ruhrgebiet u.a. in Duisburg-Hochfeld oder im Dortmunder Norden müssen die kommunalen Maßnahmen politisch und finanziell durch Landes- und Bundespolitik begleitet werden. So muss ein Sonderprogramm zur Umsetzung eines integrativen Handlungskonzepts, das u.a. die Bereiche Sicherheit und Ordnung, Kinderbetreuung,

Bildung, Gesundheit und Integration umfasst, aufgelegt werden. Hierfür könnten beispielsweise zurückfließenden ESF-Mittel sowie Mittel aus dem neuen Asyl- und Migrationsfonds der EU (AMIF) genutzt werden. Auch das Land muss seiner Verantwortung nachkommen und darf sich nicht aus der Förderung der administrativen Integrationsstrukturen über die Landesförderung KOMM-IN zurückziehen. Die flächendeckende Einrichtung der kommunalen Integrationszentren sowie die Aufstockung von Städtebauförderungsmitteln sind alleine nicht ausreichend.

Die CDU Ruhr steht für ein koordiniertes und kooperatives Vorgehen von Bund, Land und Kommunen bei der Beseitigung von Zuwanderungsproblemen.

Dort, wo die Kriminalität steigt, muss mit verstärktem Polizeiengagement reagiert werden. Örtliche Polizeikräfte und kommunale Ordnungsbehörden sollten durch Kollegen aus den Herkunftsländern der Zuwanderer unterstützt werden. Gegen den sogenannten Arbeiterstrich und den Menschenhandel muss durch Ausdehnung des Prüfungsauftrags der Zollbehörden effektiv vorgegangen werden. Das Land muss auch den rechtlichen Rahmen für eine menschenwürdige Unterbringung (Verhinderung von „Matratzenvermietung“) schaffen. Im Falle eines nicht berechtigten Aufenthalts ist für Rückführung mit Wiedereinreiseverbot zu sorgen.

Die CDU Ruhr steht für die konsequente Durchsetzung bestehenden Rechts und die Beseitigung rechtsfreier Räume, die erfolgreicher Integration im Wege stehen.

Land und Kommunen müssen besonders für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine ausreichende Sprachförderung organisieren und sie in den Regeleinrichtungen der kommunalen Bildungslandschaften integrieren. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Integration. Sprachförderung ist die zentrale Voraussetzung zur Vermeidung von Armut. Die Jugend- und Schulämter müssen in abgestimmten Konzepten mit den Ordnungsbehörden die Schulpflicht durchsetzen. Insgesamt sind in Kindertageseinrichtungen und Schulen mehr Lehrkräfte sowie Erzieher mit Zuwanderungsgeschichte erforderlich. Für den Ausbau der Kita- und Schulplätze ist das Land aufgefordert, den betroffenen Kommunen zusätzliche Ressourcen bereitzustellen.

Die CDU Ruhr steht für frühzeitige und verpflichtende Sprachförderung, die Einhaltung der Schulpflicht und die Einstellung von Lehrkräften und Erziehern mit Zuwanderungsgeschichte.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen sind auch Migrantenselbstorganisationen gefordert. Mit ihnen sind Bildungs- und Integrationsvereinbarungen abzuschließen, um gemeinsam zur Verbesserung der Bildungssituation von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte beizutragen. Eltern mit Zuwanderungsgeschichte, die sich in Elternvereinen für die Verbesserung der Bildungssituation ihrer Kinder engagieren, müssen in ihrer Arbeit Unterstützung erfahren.

Die CDU Ruhr steht für die Unterstützung und Einbindung von Migrantenselbstorganisationen zur Verbesserung der Bildung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte.

Fakt ist, dass die massive Zuwanderung von Armutsmigranten insbesondere aus Südosteuropa ihre sozialen und ethnischen Ursachen in den Herkunftsländern hat. Sie lassen sich in den Städten des Ruhrgebietes beson-

ders dort nieder, wo die Segregation schon seit Jahren eine politische Herausforderung darstellt. Wohnungsleerstände und damit einhergehende niedrige Mieten, schlechte Bausubstanz und suboptimale Infrastruktur sind die äußeren Kennzeichen dieser Stadtteile. Für die Lösung der Probleme um sogenannte Schrottimmobilien müssen im öffentlichen Interesse wirksame gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Die Herkunftsländer sowie auch die Europäische Union sind gefordert, die Gründe für den Fortzug dieser Menschen vor Ort in den Heimatländern zu bekämpfen. Minderheitenprobleme in Südosteuropa können nicht in Deutschland gelöst werden.

Die CDU Ruhr steht für eine Unterstützungspolitik bei der Integration von Minderheiten in ihren Heimatländern zur Reduzierung der Auswanderungsgründe.

IV. Politische Grundsätze der CDU Ruhr

Solide Finanzen

Finanzielle Unterstützung darf nicht nach Himmelsrichtung, sondern muss nach objektivem Bedarf erfolgen. So richtig und notwendig die solidarische Aufbauhilfe Ost bislang war, so offensichtlich ist heute der Verfall von Infrastruktur und öffentlichen Einrichtungen in der Metropole Ruhr. Es ist nicht mehr vertretbar, dass die im Vergleich mit den Städten in den neuen Bundesländern hoch verschuldeten Städte im Ruhrgebiet weiterhin mit Krediten die Transferleistungen in Richtung Osten finanzieren. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat sind aufgefordert, einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Dies könnte z.B. durch eine besondere Berücksichtigung des Ruhrgebietes bei der Vergabe von Städtebauförderungsmitteln und bei Bahn- und Straßenbauprojekten erfolgen. Leider hat die Landesregierung diesbezüglich bislang jede Initiative vermissen lassen. Eine andere Alternative wäre, bereits jetzt die Initiative für einen entsprechend ausgestalteten Solidarpakt III ab 2020 zu ergreifen. Die erste Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen bleibt bei der Landesregierung. Im Übrigen darf die Diskussion über Hilfen aus Berlin und Düsseldorf nicht von der eigenen Pflicht der Städte zur Konsolidierung ihrer Haushalte ablenken.

Die Städte müssen in einer sehr viel intensiveren Zusammenarbeit die Chancen erkennen, die zur Bewältigung der Probleme des Strukturwandels und der prekären Haushaltssituation zwingend wahrgenommen werden müssen. Das Kulturhauptstadtprojekt „Ruhr 2010“ hat gezeigt, dass der gemeinsame öffentliche Auftritt das Image erheblich verbessern kann. Keine Stadt kann das alleine.

Effektive Verwaltung

Die CDU-geführte Landesregierung hat 2007 dem Regionalverband Ruhr (RVR) die Kompetenz für die Regionalplanung, die seit 1975 bei den drei für das Ruhrgebiet zuständigen Regierungsbezirken in Arnsberg, Düsseldorf und Münster lag, zurückgegeben und damit eine über 30 Jahre alte Forderung der CDU Ruhr erfüllt. Endlich kann für die gesamte Metropole Ruhr wieder aus einer Hand in der Region geplant werden.

In einem ersten Schritt der Verwaltungsstrukturreform wurde bereits eine Verschlinkung der staatlichen Verwaltung und ministeriellen Apparate durch die Zusammenfassung zahlreicher Landesämter, -betriebe, -institute und -anstalten ermöglicht. In einem zweiten Schritt sind nun die staatlichen Mittelinstanzen und höheren Kommunalverbände zu drei Regionalpräsidien für das Rheinland, für Westfalen und für die Metropole Ruhr zusammenzufassen. Dies würde zur Steigerung der Handlungsfähigkeit, zu mehr Transparenz zugunsten der Bürger und zu einer beachtlichen Stärkung der Eigenständigkeit der Metropole Ruhr führen.

Der RVR ist nicht nur Sprachrohr der Region, sondern auch als Plattform für die Stärkung der Zusammenarbeit der 53 Städte und Gemeinden (einschl. Kreise) in der Region fortzuentwickeln. Hierzu muss ein neues RVR-Gesetz neue Möglichkeiten eröffnen, Kompetenzen ausbauen und die verbandsinternen Strukturen reformieren. Dies rechtfertigt auch eine demokratische Legitimierung durch die Direktwahl der Mitglieder des „Ruhrparlaments“ und der Verbandsleitung.

Aber nicht nur das Wahlverfahren, sondern auch die internen Strukturen des RVR bedürfen der Veränderung. Die Aufgaben des Verbandsausschusses sollen weiterhin den bisherigen Regelungen entsprechen. Zusätzlich soll er auch Dringlichkeitsentscheidungen treffen können. Daneben arbeiten wie bisher die jeweiligen Fachausschüsse. Der neu einzurichtende Kommunalausschuss wird durch die Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeister und Landräte) gebildet. Dieser Ausschuss soll die Angelegenheiten von kommunaler Relevanz, interkommunale Kooperationen und weitere Themen, die in erster Linie mit den Belangen der kreisfreien Städte und Kreise zusammenhängen, beraten. Daneben sollen künftig sogenannte Beigeordnetenkonferenzen eingerichtet werden, die als regionale Facharbeitskreise fungieren.

Bei den Gesprächen auf Landesebene über die regionale Verteilung und Priorisierung von Fördermitteln muss der RVR rechtzeitig formell beteiligt werden, um den spezifischen Gebietszuschnitt der Metropole Ruhr als einheitlichen Förderraum abzubilden. Der RVR übernimmt dabei die Aufgabe einer gleichwertigen Regionalratsgeschäftsstelle.

Bei Europaangelegenheiten, insbesondere bei Förderstrukturen und Mittelakquisition, muss die regionale Vernetzung (u. a. Beratung der Kreise und Kommunen, gemeinsame Stellungnahmen der Region, Präsentation der Region in Europa) weiter ausgebaut und optimiert werden. Dazu gehört auch eine bessere Vernetzung mit den europäischen Institutionen.

Innere Sicherheit

Justiz, Polizei und Ordnungsbehörden sind als Garanten der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung Dank und Anerkennung auszusprechen. Zur Bekämpfung der Alltagskriminalität ist die Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen noch weiter zu verstärken. Auch dafür ist die Polizei personell und logistisch besser auszustatten.

Mit besonderem Nachdruck ist auf die Entwicklung der Kriminalität im Jugendbereich und bei Personen mit bestimmten Zuwanderungsgeschichten zu reagieren. Aufklärung und Prävention, aber auch konsequente

Strafverfolgung sind erforderlich. Die verstärkte Vernetzung über die kommunalpräventiven Räte sowie ganzheitliche Ansätze zur Steigerung von Sicherheit und Ordnung sind zu fördern.

Zur effektiven Verfolgung von Straftaten und zur Steigerung des Sicherheitsempfindens sind ein verstärkter Einsatz von Kameraüberwachungen öffentlicher Plätze und Einrichtungen sowie die umfassende Einbeziehung von Sicherheitsaspekten in die Bauleitplanung erforderlich.

Der freiheitliche Rechtsstaat ist auch auf die Unterstützung der Bürger angewiesen. Jeder Bürger muss sich als Sicherheitspartner seiner Mitmenschen verstehen. Auch dies gehört zum christlichen Verständnis. Die CDU Ruhr begrüßt deshalb die vielfältigen kommunalen Aktivitäten zur Steigerung von Zivilcourage und zur Erarbeitung von Präventions- und Sicherheitskonzepten.

Gemeinsam mit den Bürgern müssen die Kommunen das Erscheinungsbild der Städte durch Sauberkeit von Straßen, Plätzen und öffentlichen Anlagen stärken, denn subjektive Sicherheit gründet sich bereits auf solchen Merkmalen. Hierzu gehört auch die Beseitigung von Graffiti.

Starker Zusammenhalt

Nachlassende Parteibindungen, gesellschaftliche Wandlungsprozesse und Individualisierung verändern die Wahrnehmung von Politik und die Bereitschaft, sich für Politik und Gemeinwesen zu engagieren. Klassische Beteiligungsformate und langfristiges politisches Engagement haben für viele Bürger an Attraktivität verloren.

Gleichzeitig gibt es eine Fülle von projektorientierten Aktivitäten und eine hohe Nachfrage im ehrenamtlichen Bereich. Es gibt außerordentliches Elternengagement, Einsatz für alte Menschen und Menschen mit Behinderung, es gibt ehrenamtliche Betätigung im kirchlichen, kulturellen und sportlichen Bereich. Dies passiert weitgehend außerhalb von staatlichen Strukturen. Das erfreulich große gesamtgesellschaftliche Engagement findet jedoch vielfach jenseits der früher üblichen Partizipationskanäle statt. Alle aktiven Bürger, die sich für das Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, sind zu würdigen und in ihrem Engagement zu stärken.

Ohne ehrenamtliches Engagement wird unsere Gesellschaft weder den demografischen Wandel noch die Integration neuer Bürger bewältigen. Die Politik muss bürgerschaftliches Engagement durch die Schaffung einer Kultur der Anerkennung fördern. Dazu gehören auch ein Anreizsystem und die Abschaffung unnötiger bürokratischer Regelungen. Ebenso ist eine verbesserte Berücksichtigung der Erfahrungen im Ehrenamt für die berufliche Laufbahn erforderlich. Ehrenamtlich Tätige benötigen eigene, ihre Aufgaben unterstützende Bildungsangebote.

Demografische Veränderungen stellen vor allem für die Metropole Ruhr eine ernst zu nehmende Herausforderung dar, denn unsere Region ist von den Auswirkungen des demografischen Wandels besonders stark betroffen: Im Gegenteil zu allen anderen Metropolregionen in Deutschland schrumpft die Bevölkerung der Metropole Ruhr in den nächsten 15 Jahren. Die Lebensverhältnisse in den Städten der Metropole Ruhr sind für

viele Menschen durch Alleinsein, Einsamkeit und Anonymität gekennzeichnet. Stabile soziale Netzwerke werden von vielen Menschen heute nicht erfahren. Diese Entwicklung lässt sich verändern, wenn die Bereitschaft der Menschen, sich für „ihre“ Stadt und „ihren“ Stadtteil zu engagieren, gefördert und unterstützt wird. Daher ist bei der Quartiersentwicklung das bürgerschaftliche Engagement stärker zu berücksichtigen. Auch nachbarschaftliche Unterstützungsaktivitäten zwischen jungen Familien und älteren Bürgern sind zu begrüßen und gesellschaftlich zu verankern.

Lebenswerte Umwelt

Die Verantwortung für die Schöpfung Gottes leitet unser politisches Handeln. Bei jeder Entscheidung ist grundsätzlich die Frage der langfristigen Auswirkung zu stellen. Dies bedeutet auch, soziale, ökologische und ökonomische Aspekte stets gemeinsam zu betrachten.

Die Minimierung von Schadstoffen in Luft, Boden und Wasser sowie eine Reduzierung von Lärm ist Ziel einer aktiven Umweltpolitik in der Metropole Ruhr. Die Zusammenhänge von Umwelteinflüssen und Gesundheit werden bei den Themen Luftreinhaltung und Lärminderung deutlich. Die Bekämpfung der Emission von Feinstaub ist daher ein richtiger Schritt. Auch bei der Lärminderungsplanung sind langfristig angelegte Strategien und abgestimmte Maßnahmen in Kooperation zwischen den Kommunen und Fachbehörden erforderlich. Fahrverbotszonen zur Minderung von Lärm und Feinstaub, die ohne große Wirkung unverhältnismäßig stark die Bürger belasten, sind nur kurzfristige Maßnahmen ohne nachhaltigen Effekt.

Eine besondere Rolle für die Attraktivität des Ruhrgebietes haben die öffentlichen und privaten Grünanlagen. Gepflegte städtische Freiräume, ein attraktives Angebot an Parkanlagen sowie ein den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzergruppen angepasstes Wohnumfeld mit hoher Aufenthaltsqualität bindet die Bewohner und erhöht die Sicherheit in den Wohnquartieren.

Die bewusste Inanspruchnahme industriell vorge nutzter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist ebenso wichtig wie die Inanspruchnahme neuer Flächen bei gleichzeitiger Renaturierung vorge nutzter Flächen. Beides sind wichtige und konsequente Schritte für den Erhalt ökologischer Rückzugsräume in den Städten. Insbesondere der Emscher Landschaftspark als neuer, ergänzender Grünzug in Ost-West-Richtung bietet ökologische, städtebauliche, aber auch wirtschaftliche Chancen für die Region.

Unternehmen, die mit der Ressource Wasser umgehen, haben ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt nachzukommen. Sie haben sicherzustellen, dass chemische Abfallstoffe schon in der Produktion minimiert werden und dass modernste Anlagentechnik bereits auf dem eigenen Firmengelände dafür sorgt, dass die Gewässer von Giften verschont bleiben.

WAHLAUFRUF

Unsere Heimat kann mehr als negative Schlagzeilen! Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 geht es darum, die Weichen auf Fortschritt und Wachstum zu stellen und die Region zu einer starken und selbstbewussten europäischen Metropolregion zu entwickeln. Dafür werben wir um Ihr Vertrauen. Geben Sie bei der Kommunalwahl Ihre Stimmen der CDU.

Die CDU Ruhr ist mit ihren 24.000 Mitgliedern in allen Städten und Gemeinden im Ruhrgebiet organisiert. Mit unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament, im Bundestag sowie im Landtag Nordrhein-Westfalens, unseren Bürgermeistern und Landräten sowie den vielen hundert Mitgliedern in den kommunalen Räten und der Regionalversammlung Ruhr vertreten wir schlagkräftig die Ruhrgebietsinteressen auf allen politischen Ebenen.

Die CDU Ruhr ist Volkspartei. Alle Bürger, egal welchen Alters oder Nationalität, die sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen möchten und sich mit den Zielen der wertebasierten Politik der CDU identifizieren, sind herzlich eingeladen, sich in der CDU zu engagieren und an den Veranstaltungen und Treffen teilzunehmen. Sprechen Sie uns an! Wir freuen uns auf Sie!

www.cdu-ruhr.de